

## 9. Oktober 2010 bis 23. Oktober 2010

Die australische **Macquarie Group** übernimmt die österreichische **Innovest Kapitalanlage AG**. Die Aktivitäten des Hauses, das auch den Pensionsfonds der **Siemens AG Österreich** betreut, sollen als Plattform für die Macquarie Funds Group in Mitteleuropa dienen. Innovest betreut institutionelle Kunden insbesondere in Österreich und Deutschland und verwaltet nach eigenen Angaben ein Vermögen von über 3,5 Milliarden Euro. Die Siemens Pensionskasse werde auch weiterhin einer der wichtigsten Kunden für das Unternehmen sein, der Sitz des Unternehmens soll Wien bleiben.

Vorbehalte gegen die Rettung der angeschlagenen irischen Bausparkasse **EBS** hat die Brüsseler **EU-Kommission** geäußert. Demnach soll die Umstrukturierung der größten Bausparkasse des Landes genauer untersucht werden. Es gebe Zweifel, ob die staatlichen Beihilfen für das Institut den Wettbewerb verzerren. Zudem wurde infrage gestellt, ob die EBS ohne weitere staatliche Hilfen auskommt und mit dem vorgelegten Plan wieder lebensfähig wird.

Die in Köln ansässige **Ampega Gerling Asset Management**, der Vermögensverwalter des **Talanx-Konzerns**, hat ein Paket von 32,59 Prozent an der börsennotierten österreichischen Fondsgesellschaft **C-Quadrat** ersteigert. Der Preis wurde auf 12,60 Euro pro Aktie beziffert, das Papier hatte zuvor zwischen 16,25 und 17,57 Euro notiert. Insgesamt bezahlte die Talanx-Tochter damit knapp 18 Millionen Euro. Der C-Quadrat-Anteil wurde versteigert, weil der bisherige Großaktionär, der österreichische Finanzinvestor **AvW Gruppe**, Insolvenz anmelden musste. Der Kölner Asset Manager will nach eigenen Angaben dauerhaft 25,1 Prozent der Anteile an C-Quadrat halten.

Exklusiv geführte Verhandlungen über einen mehrheitlichen Erwerb der südafrikanischen **Nedbank** hat die britische Großbank **HSBC** beendet. Gründe für den Abbruch der Gespräche wurden nicht genannt. Großaktionär der Nedbank ist mit einem Anteil von 52 Prozent der in London notierte britisch-südafrikanische Versicherer **Old Mutual**. Ende August dieses Jahres hatte die britische Bank mitgeteilt, Buchprüfungen vorzunehmen, um möglicherweise bis zu 70 Prozent des Aktienkapitals an der Nedbank zu übernehmen.

Für umgerechnet 1,1 Milliarden Euro übernimmt die **Royal Bank of Canada (RBC)** den britischen Vermögensverwalter **Blue-Bay Asset Management** in London. Kanadas größtes Geldhaus bietet den Aktionären von Blue-Bay 485 Pence je Anteilschein in bar. Der Vermögensverwalter wies Ende Juni ein Anlagevermögen von 34,3 Milliarden Dollar aus. RBC verwaltet ein zirka fünf Mal so großes Anlagevermögen. Im Jahr 2008 hatte die Bank bereits den Fondsspezialist Phillips, Hager & North in Vancouver erworben.

Wandelanleihen im Volumen von 2,7 Milliarden US-Dollar für seine brasilianische Tochter hat der spanische Finanzkonzern **Banco Santander** an die **Qatar Holding LLC** veräußert. Die Papiere müssen nach drei Jahren in Aktien gewandelt werden und entsprechen einem Anteil von insgesamt etwa fünf Prozent an der Sparte. Mit dem Schritt will die brasilianische Tochter ihre Zusage erfüllen, bis zum Jahr 2014 rund ein Viertel aller Aktien in den freien Umlauf zu bringen. Die Konzernmutter hatte zuvor die Genehmigung der EU-Kommission für den Erwerb von rund 300 Filialen der verstaatlichten britischen Großbank **Royal Bank of Scotland** erhalten.

Für 159 Millionen Euro übernimmt die italienische Bankengruppe **Intesa Sanpaolo** die Mehrheit von 51 Prozent an der **Banca Monte Parma**. Letztere betreibt insgesamt 67 Filialen in den Provinzen Parma, Piacenza und Reggio Emilia. Abgegeben wird das Institut von der Sparkassenstiftung **Fondazione Monte Parma**. Intesa Sanpaolo verpflichtet sich zudem, 51 Prozent der Aktien zu zeichnen, die die Banca Monte Parma bei einer geplanten Kapitalerhöhung von 75 Millionen Euro neu emittiert. Insgesamt kann die Beteiligung an der neuen Tochter auf bis zu 79 Prozent aufgestockt werden.

Vorstand und Aufsichtsrat der **Deutschen Postbank AG**, Bonn, haben Ende Oktober dieses Jahres eine gemeinsame Stellungnahme nach § 27 Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz (WpÜG) zum freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebot der **Deutschen Bank AG**, Frankfurt am Main,

veröffentlicht. Die Gremien kommen darin zu der Einschätzung, dass die Höhe des Angebotspreises von 25,00 Euro je Postbank-Aktie finanziell angemessen ist und empfehlen daher den freien Aktionären die Annahme des Angebots. Diese Einschätzung wurde durch eine sogenannte „Fairness Opinion“ bestärkt, die von der Investmentbank **J.P. Morgan** abgegeben wurde.

Ende Oktober 2010 hat das **britische Schatzkanzleramt** einen Gesetzesentwurf für die neu einzuführende britische **Bankensteuer** vorgelegt. Demnach soll die im Juni angekündigte Abgabe die von der Vorgängerregierung im Dezember 2009 eingeführte **Bonussteuer** ablösen. Für beide Modelle wurde ein ähnlicher Ertrag in Höhe von 2,5 Milliarden britischen Pfund (umgerechnet rund 2,9 Milliarden Euro) pro Jahr in Aussicht gestellt. Allerdings soll die neue Steuer von dauerhafter Natur sein und nicht nur einmal anfallen. Dem Entwurf zur Folge wird sie ab Januar 2011 schrittweise eingeführt. Das volle Aufkommen soll erst ab dem Fiskaljahr 2012/13 realisiert werden.

Die von **Bundesrat und Bundestag** im Zusammenhang mit der Reform der europäischen Einlagensicherung in Brüssel angestrebte **Subsidiaritätsrüge** (siehe auch Kreditwesen 20-2010) ist aufgrund mangelnder Unterstützung gescheitert: Notwendig gewesen wäre ein Quorum von einem Drittel der europäischen Parlamente, nur Dänemark und Schweden hatten das deutsche Ansinnen unterstützt. Trotz dieser Entwicklung hat die Bundesregierung Widerstand gegen die Pläne der EU angekündigt. Sparkassen und Genossenschaftsbanken sollen weiterhin ihre bestehende Institutssicherung behalten können und auch kein Parallelsystem aufbauen müssen, so das Bundesfinanzministerium.

Für rund 57 Millionen Euro übernimmt der US-amerikanische Vermögensverwalter **State Street** die Asset-Management-Sparte der **Bank of Ireland**. Das irische Institut hatte die Geschäftseinheit BIAM, die derzeit ein Volumen von rund 26 Milliarden Euro verwaltet, zum Verkauf stellen müssen, um **Restrukturierungsauflagen** der EU-Kommission zu erfüllen. Rund 120 Mitarbeiter sollen im Rahmen der Transaktion, deren Abschluss für Anfang 2011 in Aussicht gestellt wird, zu dem auf institutionelles Asset Management und Depotverwaltung spezialisierten US-Haus wechseln.